

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Planungsangelegenheiten am 11.03.2008**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 19:25 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Martin Bauersfeld	CDU	bis 19:15 Uhr
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Uwe Heft	DIE LINKE.	ab 17:20 Uhr
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE.	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	ab 17:10 Uhr
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	vertritt Herrn Dr. Wollenwerber
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBurger	von 17:25 bis 18:40 Uhr
Herr Matthias Dreler	SKE	
Herr Dieter Lehmann	SKE	
Frau Sabine Wolff	MA Fraktion	vertritt Herrn Prof. Schuh
NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE		
Herr Dieter Schika	SKE	

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.
Herr Dr. Hans-Dieter Wollenweber	FDP
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN	
Frau Undine Klein	SKE
Herr Heinz-Günter Plo	SKE
Herr Heiner Schneider	SKE
Herr Mario Kremling	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
  - 4.1. Energiebericht 2007  
Vorlage: IV/2007/06921
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU, zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring  
Vorlage: IV/2007/06282
    - 5.1.1 Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring  
Vorlage: IV/2007/06930
6. Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
  - 7.1. Vorstellung des Wohnungsmarktberichtes 2007
  - 7.2. Diskussion zur Anfrage der SPD-Fraktion zur Kennzeichnung der Marktplatzverwerfung
  - 7.3. mündliche Information zum Bau eines Spielplatzes am Rosa-Luxemburgplatz
  - 7.4. Sachstandsbericht zum Unfallschwerpunkt Magistrale/ Straßenbahn
  - 7.5. Information zur Baumaßnahme IHK
  - 7.6. Umrüstung von Parkscheinautomaten im Stadtgebiet  
Vorlage: IV/2007/06931

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Sänger** eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig zugestimmt

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig zugestimmt

**zu 4 Vorlagen**

---

**zu 4.1 Energiebericht 2007**  
**Vorlage: IV/2007/06921**

---

Der Ausschuss für Planungsangelegenheiten erklärte sich für nicht zuständig.

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1 Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU, zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring**  
**Vorlage: IV/2007/06282**

**zu 5.1.1 Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring**  
**Vorlage: IV/2007/06930**

---

**Herr Sänger** verteilte ein Verkehrsgutachten, dass von **Herrn Dr. Brode** erarbeitet wurde. **Herr Dr. Brode** erhielt Rederecht.

**Herr Sänger** stellte den Inhalt des Gutachtens wie folgt vor.

Die Öffnung des Robert-Franz-Ringes zwischen Ankerstraße und Mansfelder Straße in beide Richtungen hätte entscheidende Auswirkungen auf die Nord-Süd- Verbindung in der Stadt. Der Altstadtring ist durch die einseitige Sperrung des Abschnittes unterbrochen. Es sollten Entscheidungen für die nächsten 30 bis 40 Jahre gefällt werden.

Die CDU-Fraktion schließt sich der Vorzugsvariante der Verwaltung nicht an. Der Nord-Süd-Verkehr muss direkt geführt werden. Zum Beispiel muss das Händelhaus direkt erreicht werden können.

Die Variante 2.3 entspricht am Ehesten den Vorstellungen der CDU-Fraktion.

Das Signalprogramm am Glauchaer Platz sollte für den Zweirichtungsverkehr am Robert-Franz-Ring geändert werden, so dass der Nord-Süd-Verkehr Vorrang hat. Damit wären Staus am Robert-Franz-Ring zu vermeiden.

Das Thema Radverkehr wurde nicht ausreichend diskutiert. Dieser müsste nicht über die Klausbrücke in die Mansfelder Straße geführt werden, sondern könnte auch über die Kleine Ulrichstraße und Ankerstraße geführt werden.

Es sollte kein bahneigener Gleiskörper in der Mansfelder Straße errichtet werden, sondern der Verkehr mit Hilfe von Beschilderungen wie z. B. im Böllberger Weg geleitet werden (kein Überholen auf dem Gleiskörper).

Die höheren Kosten sind gemessen für den großen Zeitraum von 30 – 40 Jahren gerechtfertigt.

Es ist zu klären, was passiert, wenn die Straßenbahn wegen der Baumaßnahmen nicht durch die Mansfelder Straße geführt werden kann. Warum wird die West-Nord-Kurve am Franckeplatz nicht gebaut?

**Herr Dr. Eigenfeld** sprach sich auch für die Variante 2.3 aus. Er war der Meinung, dass im Ausschuss lediglich über den Zweirichtungsverkehr abgestimmt werden sollte und die Probleme wie z. B. Radverkehr und LKW-Verkehr von der Verkehrsplanung geklärt werden sollten.

**Herr Dreßler** fragte, ob die kritischen Punkte der Variante 2.3 aus Sicht der Verwaltung hinfällig wären? Welchen Standpunkt vertritt die Verwaltung? Handelt es sich um eine Glaubensfrage, dass diese Variante funktioniert?

**Herr Sängler** antwortete, dass es sich um keine Glaubensfrage handelt, sondern um eine zwingende Notwendigkeit, den Robert-Franz-Ring in zwei Richtungen zu öffnen.

**Herr Dr. Pohlack** sagte, dass sich die Probleme, die die Verwaltung sieht, sich in keiner Weise erledigt haben. Die Bedenken wurden nicht auf Glaubensbasis formuliert. Im Detail wurden die Diskussionen im Planungsausschuss nicht bis zu Ende geführt. Die verschiedenen Varianten wurden von der Verkehrsplanung sehr genau auf Basis des derzeitigen Planungsstandes erarbeitet und im Planungsausschuss in mehreren Sitzungen vorgestellt. An den Fakten hat sich aus Sicht der Verwaltung nichts geändert. Die Aussage des vorgelegten Gutachtens sei anscheinend, dass es keine Probleme gibt.

**Herr Heft** war der Meinung, dass ein Zweirichtungsverkehr auszuschließen ist. Er fragte, warum ausgerechnet der Radverkehr Umwege fahren soll? Die Verkehre seien gleichberechtigt.

Eine Trennung der Straßenbahn vom übrigen Verkehr durch Fahrbahnmarkierungen sei seiner Meinung nach in der Mansfelder Straße nicht möglich, da diese zu schmal ist.

**Herr Heft** war der Meinung, dass Verkehrsplanung für den Zeitraum von 30 – 40 Jahren wirklich gemacht werden sollte, denn die Erdölknappheit wird dies notwendig machen. Auf die Kosten muss dringend geachtet werden, denn bereits jetzt ist nicht genug Geld vorhanden, einen guten Straßenzustand zu erhalten. Weiterhin ist kein Geld für die Sanierung von Schulen und Kindergärten vorhanden.

Er wies darauf hin, dass ein Linksabbiegeverkehr vom Robert-Franz-Ring in die Ankerstraße praktisch nicht zu vermeiden ist und damit Staus entstehen.

**Herr Bauersfeld** beurteilte die Variante der Verwaltung als schlecht.

Es gäbe zurzeit riesige Staus bis hin zum Botanischen Garten. Die Straßenbahn sei dafür mit Auslöser, da sie Vorfahrt in der Mansfelder Straße hat.

Die Situation während der Bauphase an der Klausbrücke hat gezeigt, dass ein Zweirichtungsverkehr gut möglich ist. Pauschale Aussagen zu den Kosten, die nicht unterlegt und begründet wurden, sind nicht brauchbar. Wie hoch wären die Kosten für die Brücke und wie hoch für den Robert-Franz-Ring?

Er schlug vor, die Straßenbahn statt über die Mansfelder Straße vom Hallmarkt aus direkt zum Glauchaer Platz über den Hallorenring zu leiten und dafür eine neue Trasse zu bauen.

**Herr Lehmann** sprach sich für eine gesamte Durchlässigkeit des Altstadtringes aus.

**Frau Schlüter-Gerboth** fragte nach der Berücksichtigung der Fußgänger, bereits jetzt ist es schwierig für diese über den Robert-Franz-Ring in die Mansfelder Straße zu gelangen.

**Herr Felke** meinte, eine Entflechtung des Verkehrs sei für die Zukunft wichtig. Er fragte, warum es in der Vorlage der Verwaltung eine Kostendifferenz gibt (welche Zahl ist richtig 4,1 oder 4,49 Mio €)?

**Herr Dr. Eigenfeld** fragte wie hoch die Kosten wären, wenn der Ausbau der Klausbrücke nur für PKW-Verkehr und nicht für LKW-Verkehr erfolgen würde? Dieser könne über die Ankerstraße geleitet werden.

**Herr Möbius** sagte, dass umfassende Aussagen zum vorgelegten Verkehrsgutachten noch nicht möglich sind, da es erst zur Sitzung verteilt wurde.

Er entschuldigte sich für den Zahlenfehler in der Vorlage der Verwaltung, die richtige Zahl lautet 4,1 Mio. €.

Er wies darauf hin, dass keine Straße nur für PKW-Verkehr geplant wird. Dies würde bedeuten, dass keine Fördermittel eingesetzt werden können und die Stadt den Umbau zu 100 % bezahlen müsse.

**Herr Möbius** erläuterte das Verkehrskonzept Spitze und wies darauf hin, dass der Glauchaer Platz nicht unbegrenzt belastbar ist.

**Herr Heft** sagte, dass der Vorschlag von **Herr Bauersfeld**, die Straßenbahn statt über die Mansfelder Straße vom Hallmarkt aus direkt zum Glauchaer Platz über den Hallorenring zu leiten, nicht ernst gemeint sein könne. Diese 400 m Straßenbahnneubau sind nicht zu bezahlen und bringen die gleichen Probleme.

**Frau Prof. Vent** konnte als Anwohnerin keine Staus am Robert-Franz-Ring beobachten, es sei sehr gefährlich als Fußgänger diesen zu überqueren, vor allem für Kinder.

**Herr Sänger** bat **Herrn Dr. Brode**, das Gutachten vorzustellen.

**Herr Dr. Brode** war der Meinung, dass die Durchlassfähigkeit des Glauchaer Platzes restlos verbaut wurde und dieser nicht ordentlich verkehrsplanerisch durchdacht ausgebaut wurde. Er erläuterte eine von ihm erarbeitete neue Verkehrsführung.

**Herr Sänger** betonte noch einmal, dass der Altstadtring aus nördlicher Richtung nicht unterbrochen werden sollte.

**Herr Dr. Eigenfeld** schlug vor, die Brücke wie geplant „normal“ ohne Zusatzkosten zu sanieren und anschließend ein halbes Jahr Probelauf im Zweirichtungsverkehr durchzuführen.

**Herr Bauersfeld** meinte, dass eine Testphase während Bauarbeiten bereits durchgeführt wurde.

**Herr Möbius** wies darauf hin, dass nach dem Neubau einer kleinen Brücke und einem Nichtfunktionieren der Lösung, die Brücke nicht noch einmal größer neu gebaut werden würde.

**Herr Sänger** schlug vor, den Antrag nur im Hinblick auf die Einführung des Zweirichtungsverkehrs abzustimmen.

**Herr Dr. Pohlack** bat darum, die Abstimmung zu verschieben, damit die Verwaltung das vorgelegte Gutachten prüfen und dazu Stellung nehmen kann. Der Vorschlag von **Herrn Dr. Eigenfeld** sollte auch von der Verwaltung ausgewertet werden.

Die Ausschussmitglieder waren damit einverstanden.

### Abstimmungsergebnis:

vertagt

## zu 6      **Anfragen von Stadträten**

---

- **Herr Felke** stellte folgende Fragen
  1. Aktueller Verfahrensstand zur Ansiedlung von LOGOIL?
  2. zum Zweckverband Stadt-Umland – die Bildung von Einheitsgemeinden ist ein laufender Prozess, ein Teil der Einheitsgemeinden wird Mitglied im Zweckverband, ein Teil nicht, zusätzlich gibt es Teilbereiche, in denen kein FNP vorliegt  
Wie beurteilt die Verwaltung diesen Umstand?

### **Herr Dr. Pohlack**

Zu 1. Die Rechtsauffassung zur Gültigkeit des B-Planes ist umstritten. Das LVA vertritt die Rechtsmeinung, dass der B-Plan gültig sei, da der „Fehler“ geheilt sei. Die Stadt hat hierzu eine andere rechtliche Position, da sie der Meinung ist, dass dieser „Fehler“ nicht heilbar ist.

Unabhängig von der Gültigkeit des B-Planes wäre das Vorhaben aber nach § 34

BauGB zulässig. Momentan läuft beim LVA noch das Genehmigungsverfahren nach BlmschG (Bundesimmissionsschutzgesetz) in der es noch verschiedene Nachforderungen und Auflagen gibt. Es wird derzeit mit einer Zeitdauer von zwei Monaten bis zur Erteilung der Genehmigung gerechnet.

Zu 2. Das Problem der Einheitsgemeinden wurde vom Gesetzgeber nicht ausreichend durchdacht.

Der Zweckverband ist für die Stadt Halle (Saale) zurzeit nicht wirklich von weiterführender Bedeutung, da ein gültiger FNP vorhanden ist.

Wie die Areale von Verbandsgemeinden, für die kein gültiger FNP vorhanden ist, einbezogen werden, muss geklärt werden.

Die FNP-Änderungen der Stadt Halle (Saale) müssen nun alle durch den Zweckverband bestätigt werden.

- **Herr Bauersfeld** erinnerte an seinen Antrag zu den Stufen am Ritterhaus. Er wies darauf hin, dass der Antrag wieder aktiviert würde, wenn die Stufen nicht in Kürze beseitigt werden. Er äußerte das Gefühl, hier werde bewusst eine Änderung des Zustandes blockiert.

**Herr Dr. Pohlack** wies diese Unterstellung zurück und ging wiederholt auf das Problem des Eigentümerwechsels ein. Mit dem neuen Eigentümer werde weiterhin verhandelt, die Hälfte der Kosten zu übernehmen. Im Übrigen verwies er auf die Beantwortung im Stadtrat, die allen zugegangen sei.

**Herr Bauersfeld** war der Meinung, dass bei der geringen Summe, die Kosten nicht die Ursache sein dürften.

**Herr Dr. Pohlack** erläuterte, dass aus HH-rechtlichen Gründen der Umbau nicht vollständig von der Stadt getragen werden könne. Die Notwendigkeit zum Bau der Treppenanlage liegt ursächlich beim Investor des Ritterhauses.

- **Herr Sänger** bat um Unterstützung des Investors für das Hermes-Areal, um einen schnellstmöglichen Baubeginn zu ermöglichen.

**Herr Wendler** erklärte, dass der städtebauliche Vertrag abgeschlossen wurde. Darin ist auf der ursprünglichen Verhandlungsbasis eine begrenzte Fläche für einen Drogeriemarkt festgeschrieben. Der Zeitplan für die Herbeiführung des Satzungsbeschlusses wurde dem Investor vorgelegt.

Eine Rückmeldung des Investors steht noch aus. Der Drogeriemarkt wird als zentrenrelevant eingestuft.

**Herr Sänger** äußerte sein Unverständnis zur Zentrenrelevanz des Drogerie- und des Textilmarktes. Er fragte, warum der Satzungsbeschluss erst 2009 erfolgen soll?

**Herr Wendler** sagte eine Prüfung und eine Information an Herrn Sänger zu.

- Frau Schlüter-Gerboth fragte, ob es Planungen gibt, in denen eine Trassenfreihaltung zur Umverlegung der B 100 von der Metro über die Äußere Hordorfer Straße vorgesehen ist?

**Herr Möbius** erklärte, dass es eine solche Trassenfreihaltung nicht gibt.

## zu 7      **Mitteilungen**

---

### zu 7.1      **Vorstellung des Wohnungsmarktberichtes 2007**

---

**Herr Dr. Fliegner** stellte den Wohnungsmarktbericht vor.

Die Fraktionen erhalten je ein Exemplar des Berichtes.

Die Folien des Vortrages werden mit dem Protokoll verteilt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

**zu 7.2 Diskussion zur Anfrage der SPD-Fraktion zur Kennzeichnung der  
Marktplatzverwerfung**

---

**Abstimmungsergebnis:**

Vertagt

**zu 7.3 mündliche Information zum Bau eines Spielplatzes am Rosa-  
Luxemburgplatz**

---

Frau Neubert stellte das Projekt vor.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

**zu 7.4 Sachstandsbericht zum Unfallschwerpunkt Magistrale/ Straßenbahn**

---

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**zu 7.5 Information zur Baumaßnahme IHK**

---

Frau Neubert stellte das Projekt vor.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

**zu 7.6 Umrüstung von Parkscheinautomaten im Stadtgebiet  
Vorlage: IV/2007/06931**

---

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.05.08

---

Frau Schmiedehaus  
Protokollführerin

Herr Dr. Pohlack  
Beigeordneter

Herr Sängler  
Vorsitzender